

Energiefrieden : Grundmauern erschüttert

Autor(en): **Brunner, Conrad U.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(1993)**

Heft 1

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-586027>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Energiefrieden: Grundmauern erschüttert

Der weltoffene Alpenbürger aus Kandersteg und Europa-Integrationspolitiker hat die Gesprächsbereitschaft der Umweltorganisationen aufs Spiel gesetzt - und verloren. Die Umweltorganisationen haben sich aus den von Bundesrat Ogi eingeleiteten Konfliktlösungs-Gesprächen zu nuklearen Themen zurückgezogen: Die Bewilligung der Leistungserhöhung für das veraltete AKW Mühleberg hat das Friedenssymbol, die Grundmauern der "Kirche im Dorf", erschüttert. Dabei hat alles so gut begonnen.

Nach der denkwürdigen Abstimmung vom 23. September 1990 mit der Annahme des Energieartikels und des Moratoriums und der relativ knappen Verwerfung des Ausstiegs aus der Atomenergie hat alles gut begonnen: Die vier Bundesratsparteien, das EVED, das BEW, die Energiewirtschaft, die Vertreter der grossen Umweltorganisationen, alle waren bereit, den Konsens der Abstimmung umzusetzen: Energiesparen und Förderung erneuerbarer Energien. Das Aktionsprogramm "Energie 2000" war rasch skizziert und bereits im November 1990 mit der Zielsetzung "Stabilisierung des Energieverbrauches bis im Jahr 2000" auf die Beine gestellt.

Der Sündenfall

Die Intervention des Bundesamtes für Aussenwirtschaft BAWI brachte in das detaillierte Programm "Energie 2000" im März 1991 neuen Konfliktstoff ein: Plötzlich sollten nicht nur der Erdöl- und Gas- sowie der Stromverbrauch bis im Jahr 2000

stabilisiert werden, sondern zusätzlich auch noch auf der Produktionsseite 10% mehr Leistung aus den alten AKW herausgepresst und die Wasserkraft um 5% erhöht werden. Bereits im April 1991, an der Energiestadt-Eröffnungstagung in Schaffhausen, kritisierten die Umweltorganisationen in Anwesenheit von Bundesrat Ogi diesen Einschub als Sündenfall und stimmten ihm nicht zu.

Energielobby torpediert "Energie 2000"

Im Sommer 1992 hat die Weigerung des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätswerke VSE, das Stabilisierungsziel für Elektrizität bis im Jahr 2000 zu realisieren, eine Absatzbewegung der Energiewirtschaft von den Zielen von "Energie 2000" in Gang gesetzt. Die drastischen Expansionsgelüste der Gasversorgung und die Uminterpretation der Stabilisierung auf einen "pro Kopfkonzum" durch Bundesrat Ogi selbst im September 1992 haben auch der Erdölvereinigung ein willkommenes Signal zur Absatzbewegung gegeben.

Während einerseits der Fachverband der Elektroapparate-Hersteller FEA und der Verband der Automobilimporteure VSAI die letzten zwei Jahre auf Hinhalten spielten und damit wirksame Verbrauchsstandards für Motorfahrzeuge und Elektroapparate, wie sie der Energienutzungsbeschluss vorschreibt, erfolgreich verzögerten und andererseits das schon lange überfällige Bundesratsprojekt einer CO₂-Abgabe unter dem Vorwand der europäischen Harmonisierung scheiterte, hat das EVED still und leise die Grenzen der künftigen Energiepolitik neu gezogen: Energieverbrauchs-Stabilisierung ist kein echtes Ziel von "Energie 2000" mehr, weil offensichtlich der politische Wille, die dazu nötigen Instrumente (Abgaben, Verbrauchsstandards,

Tarife) einzuführen, im bürgerlichen Milieu nicht vorhanden sind.

AKW-Leistungserhöhung: Bundesrat gegen Volk

Im Januar 1992 hat die Berner Abstimmung über die Leistungserhöhung des AKW Mühleberg einen überraschenden Erfolg ergeben: Die Mehrheit der Stimmenden hat das Gesuch der BKW, das von der Kantonsregierung bisher unterstützt worden war, abgelehnt. Der Bundesrat als Gesamtheit wurde aufgerufen, in diesem ersten konkreten Anwendungsfall des Atomrechts seit der Moratoriumsabstimmung Flage zu zeigen. Unter Federführung von Adolf Ogi wurde am 14. Dezember 1992 ein hastiger, einseitiger und undemokratischer Bundesrats-Entscheid gefällt. Bewusst wurde mit der Bewilligung der Leistungserhöhung die Verletzung des Moratoriumsartikels in der Bundesver-

fassung in Kauf genommen. Begründete Sicherheitsbedenken der externen Gutachter wurden in den Wind geschlagen. Die gravierende Verletzung des Umweltrechtes durch die Übererwärmung der Aare wurde stillschweigend hingenommen. Bereits hat auch das AKW Leibstadt angemeldet, dass es seine Leistung um weitere 15% erhöhen will. Die Aushöhlung des Atom-Moratoriums durch den Bundesrat hat in weiten Kreisen heftige Reaktionen ausgelöst. Taten werden folgen.

Gespräche statt Grabenkrieg

Nach der alten Konfrontationspolitik, die seit den Kaiseraugster Besetzungen tiefe Gräben aufgeworfen hat, haben wir Ende 1990 bewusst eine Probephase mit einer für uns alle neuen Gesprächs- und Verhandlungspolitik begonnen: Gespräche am runden Tisch mit dem EVED und den Vertretern der Energiewirtschaft. Gemeinsam akzeptierte Ziele boten dazu eine gute Voraussetzung. Konflikte gab es immer noch zehauf:

● Lagerung radioaktiver Abfälle, KORA (Mediator: Prof. J. Nüesch

ETH Zürich, Koordinator der Umweltorganisationen: Thomas Flüeler SES), ● Ausbau der Wasserkraft, KOWA (Mediator: W. Schiesser, Koordinator der Umweltorganisationen: J. Rohrer SBN).

● Ausbau der Hochspannungsübertragungsleitungen (Mediator: noch nicht bestimmt, Koordinator der Umweltorganisationen: R. Rodewald SL).

Zusätzlich wurde im Herbst ein strategischer Mediator eingesetzt (wan Rickenbacher), ein Politprofi, der im Gespräch mit den hauptsächlich Kontrahenten versuchen sollte, die alten Grundsatzkonflikte abzubauen.

Winterkälte

Am 14. Dezember 1992 hat der Bundesrat die Grenzen für die Umweltorganisationen überschritten: Auf Grund seines verhängnisvollen Fehlentscheids, die Leistungserhöhung im AKW Mühleberg zu bewilligen, gilt es in der Umweltbewegung, eine umweltgerechte Energiepolitik neu zu definieren. Bis zur Klärung unserer Positionen werden wir den Gesprächen mit dem EVED, dem VSE und der Nagra über Nuklearthemen fernbleiben. Bislang war unsere Bewegung sowieso nur in Volksentscheiden (z.B. Moratorium, Energieartikel, Gewässerschutzgesetz, Berner Abstimmung zu Mühleberg) erfolgreich. Parlamentsentscheide zum Energieartikel, dem Energienutzungsbeschluss etc. liefern dagegen immer auf Verwässerung und Amputation wichtiger Umweltnutzen hinaus. Heute hat die Direttissima-Politik im Parlament leider Oberwasser: Beschleunigungsverfahren für die Bewilligung für Atomanlagen, Abbau der Volksrechte beim Strassen- und Bahnbau sowie bei den AKW wird propagiert (zum Beispiel durch AKW- und Autolobbyist Nationalrat U. Fischer).

Neue Energie-Initiativen kommen

Die sture, eiskalt kalkulierte Machtpolitik der vom EVED unterstützten Elektrizitätslobby hat einen Schrei

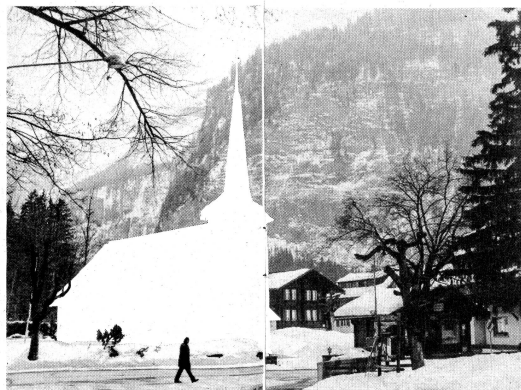
der Empörung bei den Moratoriumsgewinnern vom 23. September 1990 ausgelöst. Offensichtlich hat jemand in Bern gewollt, dass die Antiatombewegung wieder hellwach wird.

Als Mittel bleiben uns die verfassungsmässigen Volksrechte, der Einsatz der legitimen Rechtsmittel bei umwelt- und sicherheitsbelastenden Anlagen und die dauernde Überzeugungsarbeit der Öffentlichkeit durch unsere Organisationen. Die Lancierung eines neuen Energie-Initiativen-Paketes zur Beschleunigung der Energiesparanstrengungen mit wirtschaftlichen Anreizen wurde von einer neubelebten breiten Anti-AKW-Koalition Ende Januar 1993 in Bern beschlossen. Die Unterschriftensammlung beginnt im Herbst 1993. Die Lancierung einer neuen Moratoriums-Plus-Initiative zur Durchsetzung unserer Sicherheitsziele im Bereich bestehender alter und neuer AKW ist heute unumgänglich. Sie dürfte Anfang 1994 gestartet werden. Das Schweizer Atomrecht (mit nur einer einzigen Bewilligungsinstanz und dem Ausschluss des Rechtsweges, mit der Beurteilung nur durch EVED-interne Sicherheitsfachleute) ist ein singulärer Fremdkörper in unserer Bundesverfassung, es verletzt elementare Verfassungsgrundsätze sowie die Europäische Menschenrechtskonvention EMRK. Der verstärkte Einsatz zur Verbesserung der Demokratie im Atomrecht wird alle unsere Organisationen stark herausfordern. Damit werden ungefähr zwischen 1996 und 2000 drei Energieinitiativen zur Abstimmung gelangen.

Das Umdenken zur nachhaltigen Senkung des Energieverbrauchs, der Verminderung der Schadstoffproduktion und der Treibhausbelastung hat erst begonnen. Die Umweltorganisationen werden mit ihren typischen Möglichkeiten und ihren eigenen Mitteln dafür einstehen. Phantasie ist gefragt um die alten Blockierungen zu überwinden und mit unseren bescheidenen David-Mitteln den Energie-Goliath in Grenzen zu weisen.

Conrad U. Brunner*

* Der Autor ist Präsident der Schweizerischen Energie-Stiftung und Energieplaner in Zürich



Tatort Kandersteg: Die Kirche steht für die Umwelt-

Organisationen nicht mehr im Dorf. Bild Keystone